

HISTO
RISCHE
VERANT
WOR
TUNG



BEFORE

Beratung und Unterstützung
bei Diskriminierung, Rassismus
und rechter Gewalt

- 01 VORWORT
- 02 DER ANSCHLAG
- 03 DIE POLITISCHE
EINORDNUNG
- 04 DER BEHÖRDLICHE
UMGANG MIT DEN
BETROFFENEN
- 05 DER STÄDTISCHE
UNTERSTÜTZUNGSFOND
- 06 GESPRÄCH MIT
ROBERT HÖCKMAYR,
ALEXANDER FREY UND
MARIAN OFFMANN
- 07 GESPRÄCH MIT
CLAUDIA Z. UND
GUDRUN L.
- 08 GESPRÄCH MIT
WERNER DIETRICH

29. September 1980

Trauerbeflaggung am Münchner Rathaus im Gedenken an die Betroffenen des Anschlags auf das Oktoberfest.

ap/dpa/picture alliance/
Süddeutsche Zeitung Photo



01 VORWORT

Wer die Täter*innen nicht sehen will, will auch die Perspektive der Opfer nicht sehen

3 40 Jahre lang wurde das Attentat auf das Oktoberfest nicht als rechtsextrem motivierte Tat eingestuft, sondern als Handlung eines verwirrten Einzeltäters. Nur dem langjährigen Engagement Betroffener und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen ist es zu verdanken, dass dieses größte rechtsextreme Attentat mit 13 Toten und mindestens 221 Verletzten und Traumatisierten nach mühsam erreichter Wiederaufnahme der Ermittlungen inzwischen offiziell als rechtsextremes Verbrechen angesehen wird. Das Ausblenden des politischen Hintergrunds des Täters hatte immense Auswirkungen auf die Opfer. Die drängende Frage nach dem „Warum“, nach dem Motiv des Täters und dem Grund des eigenen Leidens blieb unbeantwortet. Die frühen Zweifel an der Einzeltätertheorie wurden bagatellisiert und abgetan und in der Folge später der Zugang zu entsprechenden Hilfsfonds versperrt. Statt Solidarität und Unterstützung von den Behörden zu erfahren, wurden die oftmals schwer verletzten und massiv traumatisierten Überlebenden und Angehörigen des Anschlags über Jahrzehnte in die Rolle der störenden Bittsteller*innen gedrängt. Rentenanträge wurden genauso abgelehnt wie dringend nötige Hilfsmittel. Ärzt*innen stempelten Betroffene als Simulant*innen ab, wenn diese auch noch nach Jahren über Beschwerden berichteten. Die Betroffenen kämpften meist auf sich allein gestellt gegen unwillige und desinteressierte Behörden. Eine psychosoziale Hilfestellung gab es nicht. Zusätzlich verhinderte das Negieren eines politischen, eines rechtsextremen Tatmotivs, dass die Gesellschaft die Dimension der Tat einordnen und entsprechende Solidarität mit den Betroffenen zeigen konnte. Und es verstellte den Blick auf die rechtsextremen Netzwerke, die bereits in den 1980er-Jahren hätten erkannt und bekämpft werden können.

Wer die menschenverachtende Motivation für die Tat nicht sehen will, der will die Perspektive der Opfer nicht sehen, der verhindert die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit dem Terror und dessen Nährboden. Nach den Morden des NSU, der langen Leidensgeschichte von deren Betroffenen und Angehörigen, nach dem OEZ-Attentat und nach den Anschlägen von Halle und Hanau hat sich der Blick verändert.

Die Stadt München hat sich 2018 ihrer Verantwortung gestellt und für die Opfer einen Fonds in Höhe von 100.000 Euro bereitgestellt, den BEFORE an die Überlebenden und ihre Angehörigen verteilt hat. Wir sind Zeug*innen der massiven körperlichen und seelischen Folgen geworden, unter denen die Betroffenen und ihre Familien bis heute leiden, aber auch der enormen Bedeutung dieser symbolischen und konsequenten Hinwendung der Landeshauptstadt München zu den Opfern.

Viele Betroffene des Oktoberfestattentats werden von BEFORE begleitet. Wir freuen uns, dass die Landeshauptstadt München der Beratungsstelle außerdem diesen Fonds anvertraut hat und die Betroffenen in einer ganzen Reihe von Fällen unterstützt.

Wir müssen daraus, dass die Betroffenen nach dem 26. September 1980 40 Jahre alleingelassen wurden, eines lernen: Die Opfer rechtsextremer Anschläge brauchen die Solidarität und Unterstützung dieser Gesellschaft – und dafür müssen solche Taten möglichst schnell und deutlich als das gekennzeichnet werden, was sie sind: Morde von rechtsextremen und rassistischen Täter*innen, die eine moderne und vielfältige Gesellschaft treffen wollen. Deswegen brauchen diejenigen, die getroffen wurden, auch den bedingungslosen Rückhalt dieser Gesellschaft.

Siegfried Benker
Diplom-Sozialpädagoge und Geschäftsführender
Vorstand des BEFORE e.V.

Die drängende Frage
nach dem *Warum*,
nach dem Motiv des
Täters und dem Grund
des eigenen Leidens
blieb unbeantwortet.

**OKTOBERFEST
HEUTE GESCHLOSSEN
CLOSED TODAY
AUJOURD'HUI FERMÉ**

30. September 1980

Nur während der Trauerfeier für
die Opfer des Attentats auf
das Oktoberfest bleibt die Fest-
wiese geschlossen.

Am Abend des 26. September 1980
explodiert am Haupteingang
zum Oktoberfestgelände eine Bombe.

Wie an einem Freitagabend in der Wiesnzeit üblich, drängen sich am Nordeingang der Theresienwiese sehr viele Besucher*innen. Um 22.19 Uhr detoniert der Sprengsatz in einem Mülleimer, der an einem Verkehrsschild angebracht ist. Die Polizei schätzt, dass sich zu diesem Zeitpunkt ca. 1.000 Menschen in der unmittelbaren Umgebung befinden. Die Erschütterung der heftigen Explosion ist weit über die Theresienwiese hinaus in München zu hören und zu spüren. 13 Menschen werden getötet, die Zahl der Verletzten wird zunächst auf 211 beziffert. Spätere Ermittlungen zeigen, dass mindestens noch zehn Menschen mehr von dem Sprengsatz getroffen wurden. Splitterverletzungen, Knochenbrüche, Traumata, Verbrennungen, durchtrennte Muskeln – die Liste der medizinischen Folgen des Anschlags für die Betroffenen ist lang.

Viele Betroffene schildern, dass sie zunächst einen ohrenbetäubenden Knall hörten und ein grelles Licht sahen. So berichtet etwa die Betroffene A. der Süddeutschen Zeitung: „Auf dem Weg zum Ausgang muss ich so 20 oder 30 Meter vom Explosionszentrum entfernt gewesen sein, als die Bombe hochging. Es gab einen fürchterlichen Knall und ich sah überall Funken sprühen. In meinem rechten Fuß verspürte ich einen dumpfen Schlag und stürzte hin.“

Die Druckwelle der Detonation schleudert die Betroffenen im Umkreis zu Boden. „Es sind alle Leute am Boden gelegen“, erinnert sich der Betroffene H. „Eine Sekunde lang dachte ich an ein großes Feuerwerk in der Silvesternacht. Als ich dann aber zu Boden gerissen wurde, war mir sofort klar, dass etwas Entsetzliches geschehen war“, sagt der Betroffene R. im Gespräch mit der SZ.

8

9

Unmittelbar nach der Explosion liegen mehrere hundert von der Bombe getroffene Menschen auf dem Boden vor dem Wiesn-Eingang. Nur langsam gelingt es der Polizei, den Tatort abzusperren. Die vielen Verletzten werden vor Ort von freiwilligen Helfer*innen und Sanitäter*innen versorgt und mit Krankenwagen und zwei Bussen in Krankenhäuser gebracht. Bis in die frühen Morgenstunden werden dort Betroffene operiert und behandelt.

Auf der Wiesn selbst feiern zum Zeitpunkt des Attentats rund 200.000 Besucher*innen. Als sie nach 23 Uhr vom Festgelände strömen, hält die Polizei Schaulustige mit Sperrgittern zurück und leitet sie am Tatort vorbei. Die Behörden von Stadt und Land müssen so schnell wie möglich auf die neue Situation reagieren: Die Versorgung der Betroffenen, die Aufklärung des Attentats und der Umgang mit dem weiteren Verlauf des Oktoberfestes müssen geregelt werden.

Der Münchner Oberbürgermeister Erich Kiesel entscheidet nach Rücksprache mit der Polizei und den Festwirten, dass das Oktoberfest zunächst weitergeht wie gewohnt. Ausschlaggebend sei hier die Entscheidung der Polizei gewesen: Deren Führungsspitze habe auf eine Weiterführung bestanden, weil sie die Besucher*innen nicht rechtzeitig über Medien warnen könne und nicht über genug Personal verfüge, um das Gelände zu sperren. Der Sprecher der Wiesnwirte, Richard Süßmaier, drängt ebenfalls auf die Fortsetzung der Wiesn, um eine Massenpanik zu vermeiden, auch wenn die Feierlaune leide. Mit Blick auf den Festbetrieb – nicht etwa die Betroffenen – sagt er: „Unter welchen Vorzeichen auch immer es weitergeht, die Belastung ist ungeheuerlich.“ Der Oberbürgermeister behauptet außerdem, dass jede längere Unterbrechung oder gar die Schließung des Oktoberfestes den verwerflichen Absichten der Attentäter entgegenkomme.

ANTRAG AUF
WIESN-
SCHLIESSUNG
ABGELEHNT
WIES'N-ATTENTAT:
DEMONSTRANTEN
BESTRAFT
GEDENKFEIER
FÜR WIESN-
OPFER: STADTRAT
HAT KEINE ZEIT
WIES'N-OPFER:
KEINE NAMEN AM
MAHNMAL

Antrag auf Wiesn-Schließung abgelehnt: Süddeutsche Zeitung, 07.03.1985
Wiesn-Attentat: Demonstranten bestraft, Abendzeitung 29.05.1981
Gedenkfeier für Wiesn-Opfer: Stadtrat hat keine Zeit, Abendzeitung, 27.09.1990
Wiesn-Opfer: Keine Namen am Mahnmahl, Abendzeitung, 27./28.09.1986

11 Den selbstgebauten Sprengsatz, der so viele Menschen traf, hatte der Student Gundolf Köhler im Abfalleimer an der Theresienwiese deponiert. Köhler bewegte sich zuvor in verschiedenen extrem rechten Zusammenhängen, unter anderem war er in der militanten „Wehrsportgruppe Hoffmann“ aktiv. Die Ermittlungen konzentrierten sich jedoch früh auf eine alleinige Täterschaft Köhlers, die Frage nach möglichen Mittäter*innen und Unterstützer*innen ist bis heute nicht endgültig beantwortet.

Am Morgen nach dem Anschlag verkündet Oberbürgermeister Kiesel seine Entscheidung: Die Festzelte öffnen am Samstag wie gewohnt für die Besucher*innen. Wagen der Stadtreinigung spülen die Spuren des Anschlags weg, über Nacht wird neues Pflaster an der Stelle verlegt, wo die Bombe einen Krater hinterlassen hat. Die Girlande über dem Eingangstor verkündet weiterhin: „Willkommen zum Oktoberfest“. Erst vier Tage nach dem bis heute größten Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik wird der Festbetrieb während der offiziellen Trauerfeier für 24 Stunden ausgesetzt.

Ganz ungebrochen läuft das Oktoberfest jedoch nicht weiter: Vor Ort intervenieren Betroffene und andere Menschen, die nicht hineinnehmen wollen, dass einfach weitergefeiert werden soll, als wäre nichts geschehen. Einige Betroffene erzählen im Strom der Besucher*innen von dem Geschehenen. Ein Mann verteilt Handzettel mit der Aufschrift: „Hier starben gestern Menschen! Wenn Sie noch Lust haben auf das Oktoberfest zu gehen, denken Sie daran, dass an der Stelle, an der Sie jetzt stehen, Kinder, Frauen und Männer zerfetzt wurden.“ Einige Menschen schließen sich der Aktion an und versuchen, im Strom der Feierwütigen auf das Attentat aufmerksam zu machen. Viele Betroffene ringen in den Krankenhäusern mit ihren Verletzungen – für sie ist dies der Auftakt einer jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit den Folgen des Anschlags.



26. September 1987
Fackelzug zum Gedenken an die Betroffenen des Bombenanschlags auf das Oktoberfest. An der Spitze (von links nach rechts) Bürgermeister Klaus Hahnzog, der Vorsitzende der Stiftung Weiße Rose, Franz Müller, und der DGB-Landesjugendsekretär Klaus Dittrich.

Schon wenige
Stunden nach dem
Oktoberfestattentat
beginnt der
Kampf um seine
politische Einordnung.

„In eine ganz andere Richtung“ – Die politische und gesellschaftliche Einordnung des Oktoberfestattentats

Schon wenige Stunden nach dem Oktoberfestattentat beginnt der Kampf um seine politische Einordnung. Zwei Fragen sind dabei zentral: Wer war für den Anschlag verantwortlich – ein Einzeltäter oder größere Netzwerke? Was war der politische Hintergrund der Tat?

Auf beide Fragen gibt es seitens des bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß eindeutige, aber falsche Antworten. Strauß erklärt zunächst: Es spreche „alles dafür, dass es sich um die Tat eines Einzelnen handele“, „Spuren des Attentats“ führten „in eine ganz andere Richtung“. Das Attentat als Werk eines Einzelnen, der nicht aus der extremen Rechten stamme – so die Lesart der Staatsregierung.

Es sind vor allem die politische Instrumentalisierung des Anschlags, die Loslösung von Tat und Täter von ihrem politischen Hintergrund und die Verkennung der extremen Rechten, welche die Einordnung des Oktoberfestattentats in den folgenden Jahrzehnten kennzeichnen.

Viele Stimmen verwehren sich im September 1980 gegen eine angebliche „Politisierung“ der Tat. Sie solle im nahenden Bundestagswahlkampf nicht instrumentalisiert werden. Damit wurde der Versuch unternommen, den Anschlag von seinen politischen Hintergründen zu trennen.

Instrumentalisiert wird das Oktoberfestattentat in der Folge dennoch nach Kräften: Die Staatsregierung versucht etwa, es gegen den Bundesinnenminister Gerhart Baum in Anschlag zu bringen. Direkt nach dem Attentat, als Gundolf Köhler noch unbekannt war und die Tat linken Täter*innen zugeschrieben wurde, verkündet der Ministerpräsident, man müsse jetzt ein Flugblatt verfassen, das Baum im Gespräch mit dem damaligen linken Anwalt Horst Mahler zeige, um den Minister als nachlässig im Umgang mit links darzustellen. Strauß nutzt das Attentat für Attacken auf Baum, dieser verunsichere als „Skandalfigur“ die Sicherheitsbehörden mit seinen Bedenken und verharmlose den (linken) Terrorismus. In einem Kommentar in der Welt am Sonntag schreibt Strauß: „Zunächst hat der Terror aus der Linken begonnen, und damit ist der Terror der Rechten da und dort großgezogen worden“. Dieses fatale Deutungsmuster in dem der Anschlag als Ergebnis von „Extremisten“ erscheint, die „sich gegenseitig hochschaukeln, wie Wasser in kommunizierenden Röhren“, verbreiten auch andere Kommentator*innen. So heißt es in einem Leserbrief an den Münchner Merkur am 30.09.1980 exemplarisch: „Und daß die Baader-Meinhof-Bande und ihre Nachfolger die Kollegen auf der anderen Seite zu verbrecherischen Aktivitäten animiert haben, steht außer Zweifel“.

In den Tagen nach dem Attentat wird bekannt, dass Gundolf Köhler sich in extrem rechten Zusammenhängen bewegte und linker Kontakte unverdächtig war. Köhler hatte unter anderem an bewaffneten Übungen der „Wehrsportgruppe“ (WSG) um Karl-Heinz Hoffmann teilgenommen. Er schrieb Hoffmann in einem ersten Briefwechsel, dass er in seinem Wohnort eine eigene Ortsgruppe der militanten extrem rechten Gruppierung aufbauen wolle. Im Jahr 1979 war Köhler auf dem Titelbild der von Hoffmann herausgegebenen Zeitschrift „Kommando“ zu sehen.

16

17

Die Einordnung des Oktoberfestattentats ist daher untrennbar mit der Einordnung der extremen Rechten in der damaligen Bundesrepublik verbunden. Ihr werden gewalttätige Aktionen schlicht nicht zugetraut und damit nicht zugeschrieben. Noch 1979 verharmlost die zuständige Polizei ein winterliches Kampftraining der Wehrsportgruppe als „Kasperletheater“. Ministerpräsident Strauß bezeichnet die Gruppierung im März 1980 als „zwanzig Verrückte“, und höhnt, Hoffmann sehe „wirklich aus wie ein Kasper“. Mit der folgenden fatalen Fehleinschätzung zu den militärischen Übungen, die als Training für den bewaffneten Kampf dienen, ist Strauß in den 1970er-Jahren nicht allein: „Mein Gott, wenn ein Mann sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und mit einem mit Koppel geschlossenen „Battle Dress“ spazieren geht, dann soll man ihn in Ruhe lassen.“ „Für besondere Maßnahmen zum Schutz Andersdenkender vor Übergriffen der Wehrsportgruppe Hoffmann sieht das Staatsministerium des Innern keinen Anlaß“, befindet auch der ehemalige bayerische Innenminister Alfred Seidl. Im Bund wird die Bedrohung durch die extreme Rechte ebenfalls nicht gesehen: „Eine wirkliche Gefahr von rechts besteht gegenwärtig nicht“, gibt etwa der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Reddemann 1978 an. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung fürchtet nach dem Anschlag, dass sich die Linke jetzt freue, weil sie „Scheinbeweise“ für ihre „unbewiesene These“ von der riesigen „Gefahr von rechts“ habe.

Zusätzlich verstellt die falsche Erzählung, dass die extreme Rechte überwiegend aus der DDR gesteuert werde, den Blick auf die Gefahr gut organisierter eigenständiger extrem rechter Netzwerke in der Bundesrepublik. So sah es etwa im Bayernkurier ein Autor damals als erwiesen an, dass „gut 70 Prozent“ der Neonazis „aus der DDR kommen oder von daher nachrichtendienstlich geführt und gefüttert werden“.

Nach dem Oktoberfestattentat sehen sich die Behörden zum Handeln gegen die Wehrsportgruppe gezwungen. Am 27. September 1980 werden sechs WSG-Mitglieder in einem Konvoi, der alte Wehrmachtsfahrzeuge in die Schweiz bringen soll, verhaftet. Zwei Tage später werden sie freigelassen.

Die politischen Überzeugungen Köhlers werden aber in der Diskussion über den Hintergrund der Tat weniger thematisiert als seine psychische Verfassung. Die Ermittlungsbehörden stellen ihn als verzweifelten Einzelgänger mit Beziehungsschwierigkeiten und anderen psychischen Problemen dar. Diese Deutung wird in der Folge beherrschend: Münchens Fremdenverkehrsdirektor Heinz Strobl, Leiter des Oktoberfestes, bezeichnet Köhler schon am 29. September als „verrückt“: „Das Oktoberfest geht weiter, weil wir uns von Verrückten nicht ins Bockshorn jagen lassen. Mit Verrückten haben wir schon lange gerechnet.“ Als labil und verrückt wird der Attentäter dargestellt und auf persönliche Fehlschläge im Beruf oder Beziehungsprobleme verwiesen. Einige Stellen gehen dabei so weit, Köhler eine Selbstmordabsicht aus Verzweiflung über seine Lebenssituation nachzusagen. Wie bei anderen extrem rechten Anschlägen wie dem Attentat am Olympia-Einkaufszentrum 2016, stellen Behörden und Teile der Medienlandschaft eine politische Motivation und die psychische Verfassung des Täters als sich ausschließende mögliche Tathintergründe dar. Dabei übersehen sie, dass psychische Erkrankungen mit extrem rechten Einstellungen zusammenfallen können. Zum anderen gerät der politische Hintergrund der Tat aus dem Blick – sie wird aus ihrem eigentlichen Zusammenhang herausgerissen und entpolitisiert.

Der Einordnung des Attentats als unpolitisches Werk eines Verwirrten widersprechen einige der hundert München*innen, die sich am 30. September 1980 zur offiziellen Trauerfeier vor dem Münchner Rathaus versammeln. Vor dem schwarzbeflaggen Gebäude gedenken sie der Betroffenen, in der Menge ist unter anderem ein Transparent mit der Aufschrift „Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande“ zu sehen. „Wir klagen an Gerold Tandler, der die WSG Hoffmann als halbverrückte Organisation nicht eine gefährliche Organisation im eigentlichen Sinne bezeichnete“, heißt es auf einem Schild über den damaligen bayerischen Innenminister.

Die Frage, ob Gundolf Köhler allein handelte, bejahen die Ermittlungsbehörden im November 1982 im Abschlussbericht der Generalbundesanwaltschaft. Seiner Einbindung in gewalttätige extrem rechte Netzwerke zum Trotz habe er den Sprengsatz allein gebaut und gelegt. 2014 werden die Ermittlungen auf Drängen von Betroffenen und Unterstützer*innen wiederaufgenommen. Im Juli 2020 kommt die Bundesanwaltschaft zu dem Schluss, dass politische Überzeugungen, nicht psychische Probleme, Köhler zu der Tat brachten. Die Frage, ob er den Anschlag allein beging, bleibt weiter offen.

Wie wichtig es ist, rechte Gewalt richtig einzuordnen und rechte Netzwerke zu erkennen, zeigt sich schon kurz nach dem Oktoberfestattentat einmal mehr: Keine 48 Stunden nachdem an der Theresienwiese hunderte Menschen von der Bombe getroffen wurden, verüben rechte Terroristen den nächsten Anschlag: In Bielefeld setzen drei Männer mit Molotowcocktails den Bauernhof engagierter Umweltschützer*innen in Brand. In dem kleinen Ort Lämershagen (NRW) verbrennt die junge Familie am 28. September 1980 nur nicht, weil sie noch wach ist, als die Brandsätze auf ihr Haus geworfen werden. So überleben die schwangere Frau, ihr Mann und deren zweijähriger Sohn den Anschlag.

„Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande“ – „Wir klagen an Gerold Tandler, der die WSG Hoffmann als halbverrückte Organisation nicht eine gefährliche Organisation im eigentlichen Sinne bezeichnete“: Schilder mit diesen Aufschriften sind auf dem Marienplatz bei der offiziellen Trauerfeier für die Betroffenen des Anschlags zu sehen.

18

Stein für Stein erwächst ein Mosaik des Horrors, Münchner Merkur, 29.09.1980
6 Jahre danach: Zweifel bleiben, Münchner Merkur, 26.09.1986
Wiesn-Anschlag: Keine Ermittlungen: Abendzeitung, 09.06.1984
Wiesn-Attentat - wer glaubt die Theorie vom Einzeltäter?, Tageszeitung (TZ), 27.09.2000
Verschlusssache, Süddeutsche Zeitung, 12.05.2016
Späte Aufarbeitung, Süddeutsche Zeitung, 12.02.2010

STEIN FÜR STEIN
ERWÄCHST
EIN MOSAIK DES
HORRORS
6 JAHRE DANACH:
ZWEIFEL BLEIBEN
WIESN ANSCHLAG:
KEINE
ERMITTLUNGEN
WIESN-ATTENTAT -
WER GLAUBT
DIE THEORIE VOM
EINZELTÄTER?
VERSCHLUSSSACHE
SPÄTE
AUFARBEITUNG



Karl-Heinz Egginger/Süddeutsche Zeitung Photo

26. September 1981
Nach einer Kranzniederlegung an der Gedenkstätte auf der Theresienwiese und einer Demonstration durch die Münchner Innenstadt wird bei der Abschlusskundgebung auf dem Marienplatz an die Betroffenen des Anschlags erinnert.

VON DER FORDERUNG
DEMOKRATEN BL
AM
HRETAG
FASCHIS
SCHEN AT
LURD GA
OKTOBER

Ein Jahr München
lange W
ANTI-FASIST
HAG
WINT

Wir fordern:
Faschisten hinter Gitter!
an lebenslänglich!

Errol
Vere-Hodge
25 Jahre
könnte heute noch
leben

Markus
Hölzl
44 Jahre
könnte heute noch
leben

Frank Peter
Schäbe
22 Jahre
könnte heute noch
leben

Angela
Schüttigkeit
39 Jahre
könnte heute noch
leben

Gabriele
Deutsch
18 Jahre
könnte heute noch
leben.....

Jgnaz Platzer
6 Jahre
Ilona Platzer
8 Jahre
könnten heute noch
leben.....

Paul
Lux
52 Jahre
könnte heute noch
leben.....

Der Umgang der Behörden mit den Betroffenen des Oktoberfestattentats

Nach dem Anschlag auf das Oktoberfest sichert der Münchner Oberbürgermeister Erich Kiesl den Betroffenen schnelle und unbürokratische Hilfe seitens der Stadtverwaltung zu. Das städtische Sozialbüro richtet ein provisorisches Sonderbüro mit einer Hotline für Hilfesuchende ein. Die Allgemeine Ortskrankenkasse informiert über die Leistungen der Krankenkassen. Für Spenden wird ein Sonderkonto eingerichtet, auch vor Ort sammeln Menschen für die Betroffenen. „Wir sollten es nicht bei Mit- und Beileid belassen“ heißt es auf einem Schild an einem spontan errichteten Spendenstand.

Die Realität vieler Betroffener ist in der Folge aber leider nicht von großzügiger Unterstützung und verständnisvoller Hilfe geprägt. Sie haben vielfältige gesundheitliche Schäden erlitten, von den Folgeschäden, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben, ganz zu schweigen. Die Behörden unterstützen die notwendigen Behandlungen, wenn überhaupt, nur zum Teil.

Der behördliche Umgang mit den Betroffenen des Oktoberfestattentats war nicht in jedem Fall gleichförmig. Die Erfahrungen sind so unterschiedlich wie die jeweiligen Perspektiven der Betroffenen. Und doch ziehen sich einige Parallelen durch die Erzählungen. Unmittelbar nach dem Attentat wurden die Betroffenen gesundheitlich versorgt. Weil die Kapazitäten in der Stadt selbst bald erschöpft waren, wurden einige auch in Krankenhäuser in den umliegenden Orten gebracht. Möglichkeiten, das Erlebte psychisch zu verarbeiten, beispielsweise in Form einer Therapie, waren aber nicht im gleichen Maße etabliert wie heute. Einige Betroffene berichten, dass sie erst in der jüngeren Vergangenheit, unter anderem ausgelöst durch die Wiederaufnahme der Ermittlungen durch die Generalbundesanwaltschaft im Jahr 2014, Therapien begonnen haben, um das Erlebte aufzuarbeiten. Andere tun dies bis heute nicht.

22

23

Aber auch bei der Bewältigung der körperlichen Folgen wurden und werden Betroffenen Steine in den Weg gelegt. Eine Behörde, die in den Erzählungen dabei immer wieder auftaucht, ist das Versorgungsamt. Das Versorgungsamt ist für Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) zuständig. Nach dem OEG können Betroffene von Gewalttaten Leistungen zur Bewältigung körperlicher Schäden beantragen, die – in der Theorie – weit über die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen hinausgehen.

In der Praxis müssen und mussten Betroffene aber um die Übernahme kleinster Beträge kämpfen. Einige berichten von jahrelangen Widerspruchsprozessen bis hin zu Aussagen von Mitarbeiter*innen des Versorgungsamts, dass sie sich nicht ihr ganzes Leben „darauf ausruhen“ könnten, Opfer des Attentats zu sein.

Solche Auseinandersetzungen sind ermüdend und anstrengend. Abgesehen davon hat es natürlich finanzielle Konsequenzen, wenn Teile der medizinischen Kosten nicht übernommen werden. Die Betroffenen müssen sie selbst tragen und reduzieren die Behandlungen zum Teil auf das notwendigste Minimum. Um damit nicht mehr als erforderlich konfrontiert zu werden, haben einige Betroffene über Jahre hinweg Ärzt*innen gemieden. Das hat zum Teil gravierende gesundheitliche Folgen, wenn dadurch notwendige Behandlungen nicht stattgefunden haben. Hier wird deutlich, dass das behördliche Handeln unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf die Gesundheit haben kann.

Auch wenn die Kosten (teilweise) übernommen wurden, so stellt der sich immer wiederholende bürokratische Akt per se bereits eine nicht zu unterschätzende Anstrengung dar. Die Betroffenen müssen ihn auf sich nehmen, um überhaupt die Chance auf Unterstützung zu haben. Die Behörden, unter ihnen das städtische Versorgungsamt, lassen sich von den Betroffenen um Unterstützung bitten. Sie mussten und müssen hierbei ihre Bedürftigkeit immer wieder aufs Neue nachweisen. Im Kampf um die Eingruppierung ihrer körperlichen Beeinträchtigung müssen Betroffene Untersuchungen über sich ergehen lassen und eigene Gutachten beibringen. Die Frage, ob eine Beschwerde auch wirklich Folge des Anschlags ist, müssen Betroffene selbst bei offensichtlichen Fällen wieder und wieder beantworten. Sonst riskieren sie, einen noch größeren Teil der Folgen allein bewältigen zu müssen.

Das Vorgehen der zuständigen Behörden verstärkte über die lange Zeit von 40 Jahren hinweg, dass sich Betroffene nicht ernst genommen fühlten, nicht anerkannt in ihrem Erleben, ihrem Leiden und den Folgen der körperlichen und seelischen Verletzungen. Letztere werden punktuell sogar noch verstärkt. Mit steigendem Alter nehmen die Beeinträchtigungen für viele Betroffene zu, der Bedarf an Unterstützung etwa durch psychologische Begleitung und medizinische Behandlungen steigt. Der durch die Stadt München 2018 eingerichtete Fonds für Hilfsleistungen ist ein erster Beitrag zur Unterstützung der Betroffenen – langfristig müssen sich endlich auch der Freistaat Bayern und der Bund ihrer Verantwortung gegenüber den Betroffenen stellen. Nach 40 Jahre ist es höchste Zeit, dass sie umfassend und angemessen unterstützt werden.

24

18. September 1981

Das Denkmal für die Opfer des Oktoberfestattentats wurde von dem bayerischen Bildhauer Friedrich Koller geschaffen und am 18. September der Öffentlichkeit übergeben. Standort ist der Ort der Explosion am nördlichen Rand der Theresienwiese beim Haupteingang des Oktoberfests.



Die Folgen **rechter**
Anschläge gehen
weit über den eigent-
lichen Zeitraum der
Tat hinaus und können
viele Jahre andauern.

Eine Anerkennung auf kommunaler Ebene – der städtische Fonds für Betroffene des Oktoberfestattentats

Als die Stadt München 2016 Betroffene des Oktoberfestattentats zu einem gemeinsamen Treffen einlud, lag das Attentat 36 Jahre zurück. Bis dahin gab es neben den jährlichen Gedenkfeiern am 26. September und dem seit 2015 vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München durchgeführten Forschungsprojekt nur wenige Gelegenheiten, zusammenzukommen. Es kamen daher viele, das Interesse war groß. Zwei Jahre vorher waren die mittlerweile eingestellten Ermittlungen durch die Generalbundesanwaltschaft wiederaufgenommen worden. Umso wichtiger war es nun, die Betroffenen zusammenzubringen und zu hören, wie es ihnen ging. Die meisten Betroffenen haben einen Umgang mit dem Attentat und den Nachwirkungen gefunden – das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass so viele Jahre später die körperlichen und psychischen Folgen noch immer präsent sind, teilweise sogar zunehmen. Das hat verschiedene Gründe: das zunehmende Alter, eine lange Zeit der Verdrängung, die fehlende Anerkennung der gesundheitlichen Folgen durch Behörden und deren mangelnde medizinische Unterstützung. Das Oktoberfestattentat zeigt, dass die Folgen rechter Anschläge oft weit über den eigentlichen Zeitraum der Tat hinausgehen und viele Jahre andauern können. Sie werden zum Teil der Biographien der Betroffenen.

Im Nachgang des Treffens wandten sich einige Betroffene an unsere Beratungsstelle, konkrete Bedarfe wurden formuliert, Unterstützung angeboten. Etliche Betroffene leben in und um München, einige sind aber auch in den Jahren nach dem Attentat weiter weggezogen, viele waren 1980 nur als Besucher*innen auf die Wiesn gekommen. Mit der Zeit wurde ersichtlich, dass nach solch langen Jahren ohne Unterstützung und Entschädigungsleistungen noch immer oder sogar gerade jetzt Unterstützung benötigt wird. Einige berich-

teten, dass es sie freue, nach so vielen Jahren endlich gehört und ernst genommen zu werden. Das sei vorher nicht geschehen. Es wurde klar, dass sich Verletzungen und Spätfolgen des Attentats mit dem Alter verschlimmert hatten, besonders, wenn mangelhafte oder keine adäquate medizinische oder therapeutische Behandlung stattgefunden hatte. Außerdem hatte es Auswirkungen, dass jahrelang nicht anerkannt wurde, dass sie Opfer einer politisch motivierten Gewalttat wurden. Es verletze sie, dass sie bis dato nicht entschädigt wurden – weder durch den Freistaat Bayern noch durch den Bund.

Bereits seit vielen Jahren forderten Betroffene und engagierte Akteur*innen eine Entschädigung der Betroffenen des Attentats. Nachdem auch bei BEFORE dieser Wunsch mehrfach geäußert wurde, wurde die Umsetzung eines Fonds auf kommunaler Ebene angestoßen.

Federführend wurde die Idee bei der Fachstelle für Demokratie entwickelt und anschließend vom Stadtrat einstimmig beschlossen. Im April 2018 stellte der Stadtrat 50.000 Euro zur Linderung sozialer, psychischer, physischer und materieller Folgen der Betroffenen des Oktoberfestattentats zur Verfügung. Die Abgeordneten setzten so ein wichtiges politisches Zeichen und trugen den Stimmen der Betroffenen Rechnung. Im Antrag heißt es darüber hinaus: „Die Landeshauptstadt München wirkt in Wahrnehmung ihrer historischen Verantwortung darauf hin, dass die gesellschaftspolitische Aufarbeitung des Oktoberfest-Attentats weiter vorangeht.“ Die Initiative nahm also auch den gesellschaftlichen Umgang sowie das Gedenken an den Anschlag in den Blick.

28

29

Wie im Antrag vorgesehen, wurde der städtische Unterstützungsfonds bei BEFORE angesiedelt. Der Fonds wurde für die Betroffenen, Hinterbliebenen und traumatisierten Angehörigen so gestaltet, dass er niedrigschwellig und unbürokratisch in Anspruch genommen werden kann. Mit einem unkomplizierten Antrag werden die Unterstützungswünsche eingereicht. Ein Gremium, bestehend aus Vorstandsmitgliedern von BEFORE e.V., bescheidet die Anträge. Die Berater*innen von BEFORE besprechen mit den Betroffenen deren Bedarfe und begleiten und unterstützen sie bei der Antragsstellung.

Wie im Zuge dessen ersichtlich wurde, haben die Betroffenen nicht nur in den vielen Jahren seit dem Attentat im Jahr 1980 um Unterstützung gekämpft. Teilweise stehen sie jetzt vor dem Problem, dass notwendige Zuzahlungen beispielsweise von den Krankenkassen nicht geleistet werden. Die beantragten Bedarfe sind daher genauso unterschiedlich wie der individuelle Umgang mit den Folgen des Oktoberfestattentats. Im Laufe des Jahres 2018 konnten mithilfe des Fonds vielfältige wichtige Anliegen unterstützt werden. Zweck der Hilfen war und ist es, eine Linderung der nachhaltigen Folgen und einen Umgang mit den Einschränkungen des Attentats herzustellen, u.a. durch Rehabilitationsangebote, Maßnahmen zur Förderung gesunden Erholens, orthopädische Hilfsmittel, Behandlungen und medizinische Anwendungen für Förderung und Erhalt der Mobilität und der eigenständigen Gestaltung des Alltags.

Schnell zeichnete sich aber ab, dass die Summe von 50.000 Euro nicht ausreichend sein würde. Ende 2018 signalisierte BEFORE daher, dass eine Erhöhung unausweichlich sei, da wie zu erwarten mehr Anträge gestellt wurden, als beschieden werden konnten. Im Juli 2019 bewilligte der Stadtrat ohne Zögern eine zweite Runde mit erneuten 50.000 Euro, sodass weitere Maßnahmen gefördert wurden und werden. Insgesamt wurden bis heute (Stand: September 2020) über 40 Anträge an den Fonds gestellt und genehmigt.

Manche Betroffene wandten sich erstmals an BEFORE, weil sie von den Unterstützungsmöglichkeiten durch den Fonds erfahren hatten. In den Gesprächen wurde neben den Antragsstellungen zum Teil auch Beratungsbedarfe darüber hinaus deutlich, in denen die Berater*innen unterstützen und begleiten. So erleben wir den Fonds auch ein Stück weit als einen Austausch- und Begegnungsraum, der sich Betroffenen eröffnen kann, als einen Anlass, von ihren Erfahrungen zu berichten und dabei gehört zu werden, Wünsche und Erwartungen zu formulieren und sich mit dem Erlebten zum Oktoberfestattentat selbst und in den vielen Jahren danach auseinanderzusetzen.

Die Verwaltung und Ausgestaltung stellte BEFORE vor die Herausforderung, dass die vergleichsweise geringe Summe den tatsächlichen Bedarfen der Betroffenen nicht in allen Teilen gerecht werden konnte. Der Fonds kann daher ein Teil der Erinnerung und Auseinandersetzung mit dem Oktoberfestattentat sein, ein Symbol, dass das Bewusstsein für rechte Gewalt in der Stadt München auch auf politischer Ebene stärker wird. Eine Entschädigung kann der Fonds letztendlich für viele nicht sein, aber ein Zeichen der Anerkennung, wie Betroffene berichteten: „Es fehlen uns ehrlich ein bisschen die Worte; aber es tut gut zu erleben, dass wir nach 38 langen Jahren diese Unterstützung von Ihnen erfahren. Ihre Unterstützung gibt uns Sicherheit. Es ist schön zu erfahren, dass wir als Opfer dieser ‚schrecklichen Nacht‘ nicht in Vergessenheit geraten sind.“

Die Reaktionen der Betroffenen, ihre Worte und Erzählungen, die Schilderungen, wie sie ihr Leben mit dieser Erinnerung gelebt haben, zeigen uns, dass Solidarität und Unterstützung konstant sein müssen. Außerdem können sich Bedarfe von Betroffenen über die Jahre verändern. Damit müssen auch die Unterstützungsangebote Schritt halten und wenn nötig angepasst werden.

BEFORE berät und begleitet seit 2016 Betroffene von rechter, gruppenbezogenen menschenfeindlicher Gewalt und Diskriminierungen in München. Sie erhalten hier einen geschützten Raum, um ihre Erfahrungen zu teilen und wenn nötig langfristige Unterstützung.

**SOLIDARITÄT
MIT
BETROFFENEN
RECHTER, RASSISTISCHER
UND RASSISTISCHER
ANTISEMITISCHER
GEWALT**



Ich finde toll, dass die
Stadt München vieles
in **Bewegung** gesetzt
hat, uns **entgegenge-**
kommen ist und zeigt,
dass wir **wichtig** sind.

„Ich kann zwar vieles nicht
mehr machen, aber ich habe
doch dasselbe Recht!“

Im Februar 2020 fand in den Räumlichkeiten von BEFORE eine Gesprächsrunde über das Thema Unterstützung Betroffener des Oktoberfestes statt. Teilgenommen daran haben **Robert Höckmayr** (Überlebender des Oktoberfestattentats), sein Rechtsanwalt **Alexander Frey**, der mit ihm um Entschädigung kämpft, **Marian Offman** (ehemaliger Stadtrat) und **Christine Umpfenbach** (ehemalige Beraterin bei BEFORE).

Frau Umpfenbach, Sie begleiten Herrn Höckmayr ja schon eine lange Zeit. Was war Ihnen dabei wichtig?

Umpfenbach: Mir war wichtig zuzuhören und Herrn Höckmayr bei dem, was er Jahrzehnte lang allein bewältigen muss, zu unterstützen. Da ging es darum, geeignete Stellen und Ansprechpartner*innen zu finden. Ich habe ihn begleitet, Briefe an Ämter und Behörden geschrieben und Kontakte hergestellt. So entstand auch der Kontakt zu Herrn Frey oder zu Politikern wie Herrn Offman.

Wie ging es Ihnen damit, Herr Höckmayr?

Höckmayr: Die Begleitung von Christine Umpfenbach und Marian Offman war für mich wichtig. Man ist stärker, wenn man einen Rückhalt hat und weiß, da ist jemand, wo man sich hinwenden kann, wo Zeit ist, sich auszutauschen und Wege zu finden. Herrn Frey habe ich etwas später auch bei BEFORE das erste Mal meine Geschichte geschildert.

Frey: Mir war klar, dass den Fall zu übernehmen nur Sinn macht, wenn man sich voll reinhängt. Es stand in den Unterlagen, Herr Höckmayr sei im Hasenberg aufgewachsen und die Schäden, die er hat, könnten „wenn überhaupt“, nur durch seine Vorgeschichte passiert sein. Das hat mich aufgeregt, weil ich auch vom Hasenberg komme.

Höckmayr: Mir war wichtig, dass endlich mein Recht vertreten wird. Ich kann zwar Paragrafen lesen, aber ich kann sie nicht anwenden. Ich bin kein Jurist. Egal, wo man hinschreibt, man wird abgeschmettert und immer wie ein Bittsteller behandelt.

Frey: Man braucht nach einem solchen Attentat sofort Unterstützung für die Geschädigten, eine juristische und von Fachleuten, die sehen wie es bildungsmäßig weitergeht und wie gesundheitlich, welche Reha-Maßnahmen einzuleiten sind. Das muss sofort passieren und bei einem Minderjährigen erst recht.

Hat sich inzwischen etwas verändert?

Frey: Die Gutachter waren immer nur vom Versorgungsamt bestellt und haben erklärt, dass beispielsweise der Schaden am Rücken selbstverständlich ein Vorschaden sei. An den Ohren habe Herr Höckmayr laut Versorgungsamt gar nichts, obwohl das Trommelfell bei dem Attentat geplatzt ist. Als ich als Rechtsanwalt eingestiegen bin, hatten wir immer noch denselben Richter im Sozialgericht. Da habe ich schon gedacht: „Na, das kann aber lustig werden“. Dann hat der sich aber entschuldigt und gesagt, jetzt wisse man mehr und er sehe das heute anders. Und jetzt wurde vom Gericht eine neue Gutachterin bestellt und die hat wirklich Herrn Höckmayr Recht gegeben. Das war so der erste positive Schritt.

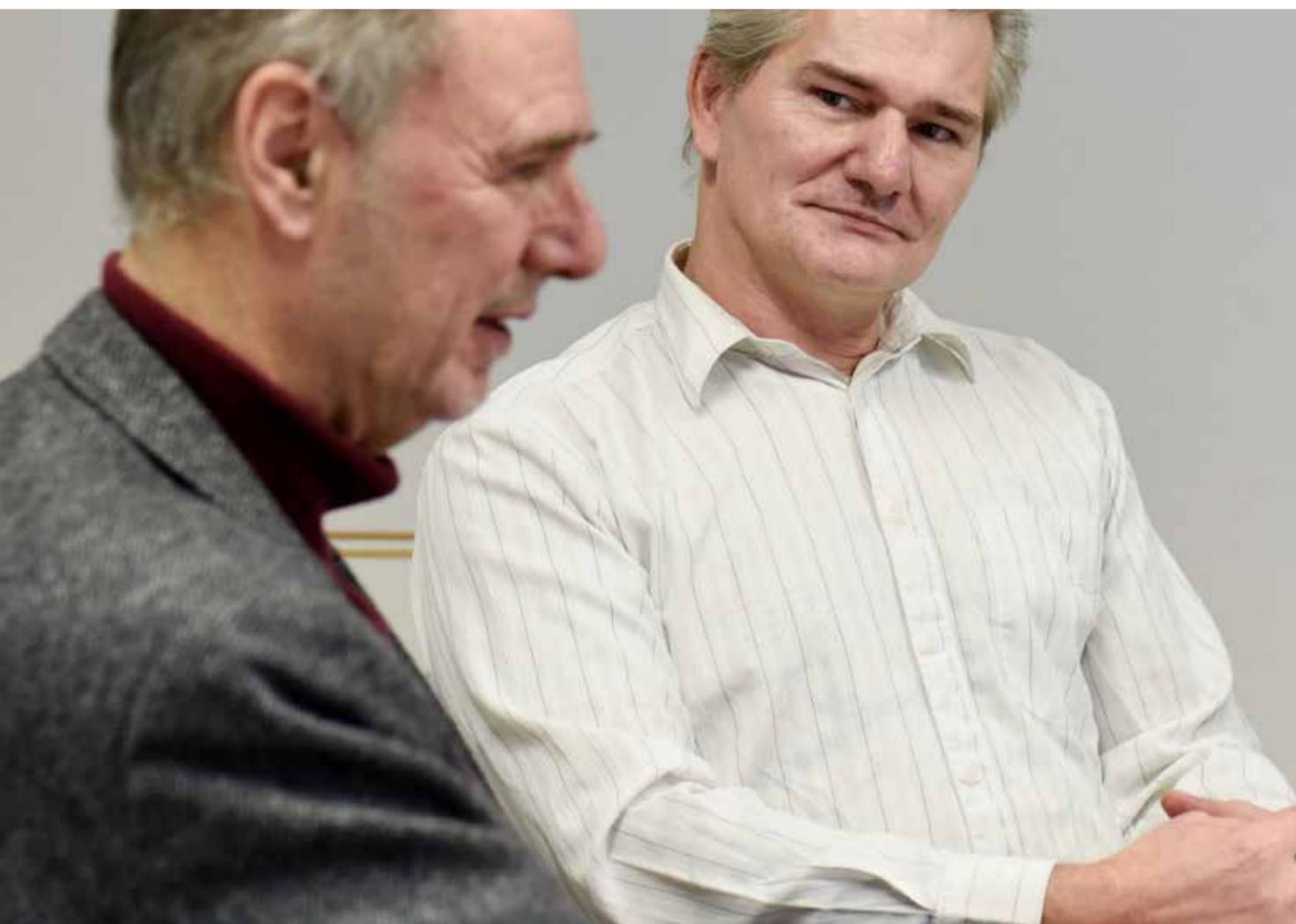
Die Auseinandersetzung mit dem Versorgungsamt geht jetzt in die nächste Runde. Was ist da der aktuelle Stand?

Höckmayr: Wir haben jetzt vier Gutachten über das Gericht gemacht, zwei Gutachter haben positiv geschrieben, die Gutachter des Versorgungsamts schreiben wieder mal „laut Aktenlage“, die Ärzte hätten unrecht und hätten sich auf meine Seite geschlagen, um ein positives Gutachten für mich zu schreiben. So wird das dahingestellt.

Offman: Bekommen Sie eine Rente vom Versorgungsamt?

**Bild oben von links: Alexander Frey, Robert Höckmayr, Marian Offman
Bild unten von links: Robert Höckmayr, Marian Offman, Christine Umpfenbach**





37 Höckmayr: Durchgebracht habe ich erst 2008 eine Grundsicherungsrente, die vier Jahre rückdatiert wurde. 270 Euro im Monat. Die berufen sich auf 1981. Da hätte ich auf beiden Ohren gleich gehört, als kleiner Junge, eingeschüchtert von den Ärzten. Für mich geht es um 22 Jahre, die das Versorgungsamt mir unterschlagen hat, weil das Recht auf Versorgung stand mir zu. 1981 hat man mir diese Rente auf Null gesetzt und bis 2004 habe ich nichts bekommen. Ich habe 2008 eine Petition ans Kanzleramt geschrieben, die ging bis ans Innenministerium weiter. Das Innenministerium sagte, das sei Ländersache, das müsse Bayern klären, und Bayern sagte, das ist fürs Versorgungsamt und da blieb es bis heute hängen.

Offman: Das Versorgungsamt ist das ZBFS, Zentrum Bayern Familie und Soziales. Wenn das Versorgungsamt nicht das Interesse hat, Sie zu versorgen, sondern Sie möglichst wenig zu versorgen, dann ist der Vorgang skandalös.

Herr Offman, Sie haben sich als Stadtrat für Herrn Höckmayr eingesetzt. Wissen Sie noch, wie der erste Kontakt zustande kam?

Offman: Im Rathaus 2016: Es waren auch andere Stadträte da, die gesehen haben, dass die Folgen des Attentats unglaublich sind und dass sich um die Betroffenen und die Verletzten kein Mensch kümmert. Die Einladung war zunächst gedacht als eine Anerkennung, als ein Zeichen der Stadt, ein Zeichen der Empathie, an einen Fonds hat zu dem Zeitpunkt noch niemand gedacht.

Es gab 2018 die erste Runde des städtischen Fonds und im vergangenen Jahr die zweite. Ist der Fonds so geworden, wie Sie ihn sich vorgestellt haben?

Höckmayr: Ich finde toll, dass die Stadt München vieles in Bewegung gesetzt hat und uns entgegengekommen ist und uns zeigt, dass wir wichtig sind.

Herr Offman, war das eine Idee, bei der Sie auch gleich gesagt haben, das brauchen wir so in der Form?

Offman: Wir haben uns gefragt, ob das Geld reicht, da es ein einmalig gebildeter Fonds ist und welche Stelle das Geld gerecht verteilen kann. Da bin ich der Beratungsstelle BEFORE sehr dankbar, dass sie das in die Hand genommen hat.

Umpfenbach: Die ersten Mittel haben Betroffene erhalten, die über die Presse und die Stadt davon erfahren haben. Aber da nicht alle Verletzten und Überlebenden erreicht wurden, baten wir die Fachstelle für Demokratie, dass alle Geschädigten des Attentats über das LKA informiert würden. So haben nochmal viele betroffene Personen einen Antrag gestellt. Manche waren erst skeptisch, weil sie Sorge hatten, dass man denken könnte, die Mittel des Fonds seien eine Entschädigung.

Was hat sich verändert durch den Fonds?

Umpfenbach: Viele der Geschädigten des Oktoberfestattentats wären ohne den Fonds wahrscheinlich gar nicht zu BEFORE gekommen. Dadurch sind wir aber ins Gespräch gekommen, darüber was passiert ist und wie es ihnen heute geht und was ihnen helfen würde, um die Folgen des Attentats besser bewältigen zu können. Insofern hat der Fonds Türen geöffnet.

Was für Aspekte müssen noch angegangen werden, um den Betroffenen in Zukunft zu helfen?

Höckmayr: Man sieht immer nur Kosten, nur Geld. Man sieht nicht den Menschen, der eigentlich Hilfe bräuchte. Ich habe es geschafft, mit der Hilfe meiner Frau, die mir ein Stützpfiler war. Ich geh in die Arbeit und ich will genauso Spaß haben wie jeder andere. Ich kann zwar vieles nicht mehr machen, aber ich habe doch dasselbe Recht.

Offman: Mir ist wichtig, dass man die Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten und Nazis offensiv führt. Man muss jungen Leuten, die Gefahr laufen von Nazis vereinnahmt zu werden, die Folgen solcher Attentate zeigen, damit sie erfahren, was das eigentlich bedeutet. So ein Attentat beeinträchtigt viele Menschen ein ganzes Leben lang.



Karl-Heinz Egginger/
Süddeutsche Zeitung Photo

26. September 1991

Die Dritte Bürgermeisterin
Sabine Csampai legt am Jahres-
tag des Oktoberfestattentats
einen Kranz am Denkmal für die
Opfer nieder.

Es ist gelungen, **klar**
zu machen, dass zur
Münchener Geschichte
nicht nur das **Positive**,
sondern auch das
Negative gehört.

„Der Umgang ist auf einmal so positiv. Wir hatten auf einmal Raum, wir durften sprechen, wir durften weinen, wir durften lachen. Das war so angenehm.“

Am 14. September 2020 sprach Karoline Staupe, Beraterin bei BEFORE mit Claudia Z. und Gudrun L., Betroffenen des Oktoberfestattentats.

BEFORE: Frau L., Frau Z., herzlich willkommen. Könnten Sie sich zu Beginn vorstellen?

Gudrun L.: Als der Anschlag passiert ist, war ich 19 Jahre alt. Ich habe damals das Oktoberfest mit Axel Hirsch, einem sehr guten Freund, besucht. Er ist leider bei diesem Attentat ums Leben gekommen. Ich selber bin sehr schwer verletzt worden. Ich war 14 Tage auf der Intensivstation und später noch relativ lang immer wieder im Krankenhaus, weil ich ziemlich viele Splitter abbekommen habe. Die Narben sind da, mir ist aber Gott sei Dank keine Gliedmaße abhandengekommen. Aber die Narben, die sieht man und die haben mich mein ganzes Leben begleitet. Manchmal war es ein bisschen schwierig, wenn man auf diese Narben angesprochen wurde, dass man entscheiden musste, möchte man sich dazu äußern. Als ich vor fünf Jahren von der Bundesanwaltschaft angeschrieben worden bin, wurde das Ganze wiedererweckt. Es war ein ziemlich einschneidendes Erlebnis für mich, mit dem ich auch erstmal klar kommen musste, weil es ganz schön wehgetan und mich aufgewühlt hat. Ich hatte auch im Prinzip keine Unterstützung von offizieller Seite, man musste privat mit sich ins Reine kommen. So sind diese 40 Jahre einfach vergangen und ich persönlich beschäftige mich erst seit fünf Jahren wieder damit und ganz intensiv in den letzten zwei Jahren, seit ich Kontakt mit BEFORE habe und mit dem Kulturreferat. Diese letzten zwei Jahre haben mir sehr gut getan.

Claudia Z.: Ich war 16 Jahre alt und ich bin mit meinem damaligen Freund auf die Oktober-Wiesn gegangen. Wir gingen zeitig nach Hause und sind zu dem Zeitpunkt, wo die Bombe explodiert ist, an der Stelle gewesen, wo's uns beide erwischt hat. Ich habe auch relativ schwere Beinverletzungen gehabt, mein ganzer Unterschenkel war zertrümmert. Mein Freund hatte eine Oberschenkelfraktur. Wir hatten beide sehr starke Verbrennungen im Gesicht und an den Händen. Mein Klinikaufenthalt war auch sehr lang, ich war über eineinhalb Jahre immer wieder stationär. Es waren sehr viele Rekonstruktions-OPs notwendig, dass ich überhaupt wieder auf den Beinen laufen konnte. Ich habe ein steifes Sprunggelenk. Ich habe sehr viele Vernarbungen durch Hauttransplantate, Knochen transplantate und Gewebe wurde mir transplantiert. Ich hatte auch sehr viele Splitter am ganzen Körper. Ich habe immer darüber gesprochen. Ich bin mit meinem Bein zum Schwimmen gegangen. Ich mag Skifahren. Ich bin da sehr offen. Es hat lange Zeit gedauert, bis ich auch selber wieder auf die Wiesn durch den Haupteingang gehen konnte, aber ich geh auf die Wiesn. Ich will diesem Terrorismus überhaupt keinen Platz einräumen. Aber auch mich hat durch diese Zeugenaussage vor fünf Jahren das Ganze noch mal eingeholt. Ich muss wirklich sagen, es bewegt einen immer noch. Alles, was wir erlebt haben, ist in uns so eingebrannt. Es ist ja auch ein Teil von meinem Leben. Ich hatte auch in der Vergangenheit damit zu tun, wem vertraue ich es an, wem erzähle ich das. Nicht jedem habe ich tatsächlich erzählt, dass die Verletzungen bei dem Attentat passiert sind. Da braucht man auch Menschen, die empfänglich oder sensibel genug sind.

Gudrun L.: Wie sich das anhört, ist es Ihnen ähnlich ergangen wie mir. Wir leben nicht direkt in München, so war der Besuch auf dem Oktoberfest nie ein Thema bei uns. Der 26. September ist im Prinzip mein zweiter Geburtstag. Das wurde rekonstruiert, ich war so nah dran, dass das ein Wunder ist, dass ich heute hier im Ganzen sitze.

42

43

Claudia Z.: Ich glaub, das Allerschlimmste für mich war eigentlich damals dieses Alleingelassensein. Ich bin mir sehr alleine vorgekommen mit meinem Schicksal.

Gudrun L.: Da muss ich Ihnen beipflichten. Am Anfang war das schon ein Thema. Aber nach einer relativ kurzen Zeit wollte das die Umwelt nicht mehr hören. Mit meiner Tochter konnte ich sehr viel darüber sprechen, auch mit meinem Mann, innerhalb der Familie, ja. Aber außerhalb war das kein Thema.

BEFORE: Wie empfinden Sie den Umgang mit den Betroffenen denn heute? Was hat sich nach Ihrer Wahrnehmung in den 40 Jahren entwickelt und verändert?

Claudia Z.: Ich glaube, durch die Neuaufnahme des Verfahrens und durch das Engagement von Herrn Dietrich ist sehr viel jetzt bewegt worden, auch durch das Kulturreferat. In den letzten Jahren ist anders damit umgegangen worden. Das Oktoberfestattentat gehört zur Münchner Geschichte dazu. Es ist mit Sicherheit kein toller Geschichtseintrag, aber sowas darf nie wieder passieren oder soll nie wieder passieren. Ich finde, dass sich in den letzten Jahren diesbezüglich was bewegt hat. Auch Sie als BEFORE, dass Sie teilweise die Opfer mitbegleiten oder auch über den Fonds Maßnahmen finanzieren werden, die die Ämter nicht tragen. Ich glaube, da bin ich nicht die Einzige, die sagt, wir haben uns dort alles erkämpfen müssen.

Gudrun L.: Ich konnte damals nach der Genesungszeit meine Ausbildung nicht anfangen. Das Jahr danach war für mich ein Jahr der Hölle. Mein Vater ist zu den ganzen Ämtern marschiert und hat Unterstützung beantragt. Mir wurde dann die Ausfallszeit erstattet und ich habe eine geringe Abschlagszahlung erhalten. Außerdem hat mich der Weiße Ring kurzfristig unterstützt. Aber dann war's

das auch. Als ich meine Ausbildung begonnen hatte, war's, als ob dieses Ereignis nicht stattgefunden hätte. Es wurde erst wieder danach gefragt, als eine Feststellung der Minderung der Erwerbstätigkeit im Rahmen der Rente zur Sprache kam. Da wurde ich in das Versorgungsamt zitiert. Das war ein Besuch unter der untersten Gürtellinie. Als Bittsteller wahrgenommen zu werden, nach dem Motto: „Was willst denn du? Du kommst ja auf zwei Beinen daher. Es ist doch alles verheilt.“ Was mit der Psyche damals passiert ist, wurde ja überhaupt nicht bewertet. Die nächste Konfrontation war dann über das Bundeskriminalamt. Ich war heilfroh, dass meine Tochter mich begleitet hat zur Zeugenaussage, weil ich auf's Tiefste aufgewühlt war. Mein Termin dauerte drei Stunden. Danach war ich fix und fertig. Mich haben wieder Alpträume gejagt wie am Anfang. Eine gute Woche hat es gedauert, bis sich alles wieder ein bisschen beruhigt hatte. Dann kam für mich die Frage, wie gehe ich jetzt mit dieser Sache um. Öffne ich mich jetzt? Melde ich mich beim Kulturreferat? Beteilige ich mich [an dem Forschungsprojekt]? Ich habe die Flucht nach vorn ergriffen und habe mich an diesem Projekt beteiligt. Das hat mir in den letzten zwei Jahre sehr gut getan und aufgrund dessen bin ich auch ziemlich mit mir im Reinen. Was mit mir passiert ist, kann ich nicht rückgängig machen. Der Umgang in den letzten Jahren mit mir als Person war extrem zuvorkommend vom Kulturreferat, auch von BEFORE. Da wusste ich überhaupt gar nicht, wie mir geschah.

Claudia Z.: Der Umgang ist auf einmal so positiv. Wir hatten auf einmal Raum, wir durften sprechen, wir durften weinen, wir durften lachen. Das war so angenehm. Da sind Menschen, die hören zu, die nehmen das ernst, was du sagst, die sehen dich nicht als Nummer, wie ich mir im Versorgungsamt immer vorgekommen bin. Die Einzigen, die uns damals [nach dem Attentat] unterstützt haben, das war der Weiße Ring. Die haben mir einen Betreuer an die Seite gestellt und haben meiner Mama gesagt, welche Anträge sie stellen muss. Ich war ja damals noch nicht einmal volljährig.



Gudrun L.

BEFORE: Welche Ratschläge würden Sie retrospektiv den Verantwortlichen in Behörden und Politik mitgeben, um einen richtigen Umgang und angebrachte Hilfen zu gewährleisten?

Gudrun L.: Das Ernstnehmen von Anfang an und die Begleitung direkt danach. Inzwischen ist ja der Umgang mit Terroropfern ein bisschen anders. Es wird ein psychologischer Dienst zur Verfügung gestellt. So etwas gab es früher nicht. Es gab früher keine Physiotherapie, die einen wieder auf die Beine gestellt hat. Ich denke, man muss mit Betroffenen sehr individuell umgehen und auch mal sehr genau hinhören, welche Bedürfnisse sie haben, weil es jeder ein bisschen anders verarbeitet.

Claudia Z.: Dass es vielleicht auch gesetzlich einen Opferhelfer gibt, der dich begleitet über Jahre. Solche Attentate traumatisieren. Wir sind unverschuldet einfach lustig auf der Wiesn gewesen. Wir haben keine Fehler gemacht und sind eigentlich bestraft worden. Da muss es von staatlicher Seite eine Lösung geben, dass man betreut werden kann ein Leben lang, weil das nicht aufhört.

BEFORE: Was wünschen Sie sich, wie es nun weitergehen sollte nach dem 26. September 2020?

Gudrun L.: Für mich persönlich soll das kein Schlusspunkt sein. Man läuft ja immer Gefahr, dass nach einem großem Datum die Pflicht und Schuldigkeit getan ist. Aber ich nehme an, so wie der Umgang damit momentan ist, dass es auch keinen Schlusspunkt gibt. Wir haben ja auch den Informationsort so gestaltet, dass jederzeit ein Eingriff stattfinden kann in die Medienstationen.

Claudia Z.: Für mich ist ganz wichtig, dass es Raum hat. Ich finde, dieser Informationsort gibt dem jetzt Raum und Platz, weil du auch als Nicht-Münchner hingehen und dich informieren kann. Da gab's vorher keine Informationen. Das Denkmal allein, das hat es nicht ausgesagt.

44

Foto: privat

45

Gudrun L.: Dieser Ort wird – und das ist auch die Intention gewesen bei den beteiligten Betroffenen, die sich für diesen Entwurf entschieden haben – ein Eye Catcher sein, der neugierig macht. Ich finde das großartig und für mich persönlich wird es auch ein Anker bleiben. Es ist anfassbar.

Claudia Z.: Es ist greifbar.

Gudrun L.: Mir gibt es auch Halt. Ich denke, weitergehen sollte es gerne in dieser Richtung, dass Anlaufstellen bleiben. Dass wir, wenn Emotionen hochkommen und wir jemanden zum Reden brauchen, inzwischen Anlaufstellen haben und dass die bleiben. Das wäre mein Wunsch. Auch BEFORE, Sie sind ein Verein, die ein Ohr haben für Menschen, die Attentaten zum Opfer gefallen sind. Dieses Ohr, das ist so wertvoll.

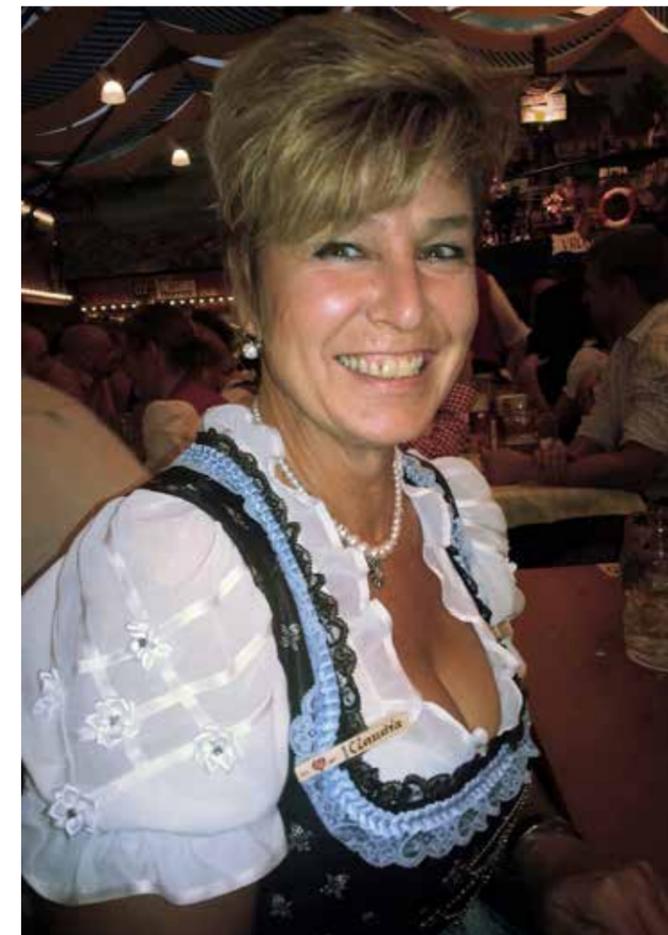
Claudia Z.: Das sehe ich genauso. Dieses Ohr muss bleiben.

Gudrun L.: Es gibt auch ein gutes Gefühl, wenn man als Betroffener weiß, dass es neuen Betroffenen nicht so schlimm ergehen wird, wie es einem selbst ergangen ist.

Claudia Z.: Wenn ein Mensch so ein hartes Schicksal hat, dass er eine Anlaufstelle hat, wo er darüber sprechen kann, wo es diesen Raum und diese Zeit gibt – ich glaub, das ist das Allerwichtigste.

BEFORE: Vielen Dank für das Gespräch!

Foto: privat



Claudia Z.

26. September 2010
Rote Nelken mit den Namen
der Opfer liegen zum 30.
Jahrestag des Oktoberfest-
attentats am Mahnmahl.

Picture alliance/dpa/
Fran Leonhardt



ermordet durch das faschistische Oktoberfest-Attentat
am 26. September 1980
Axel Wilson
23 Jahre

ermordet durch das faschistische Oktoberfest-Attentat
am 26. September 1980
Ernst Vestner
30 Jahre

ermordet durch das faschistische Oktoberfest-Attentat
am 26. September 1980
Ilona Platzer
8 Jahre

ermordet durch das faschistische Oktoberfest-Attentat
am 26. September 1980
Ignaz Platzer
6 Jahre

ermordet durch das faschistische Oktoberfest-Attentat
am 26. September 1980
Robert Gmeinwieser
17 Jahre

ermordet durch das faschistische Oktoberfest-Attentat
am 26. September 1980
Gabriela Deutsch
17 Jahre

ermordet durch das faschistische Oktoberfest-Attentat
am 26. September 1980
Markus Kallz
14 Jahre

ermordet durch das faschistische Oktoberfest-Attentat
am 26. September 1980
Bate Werner
11 Jahre

„Das Leben, als wenn es das Attentat nicht gegeben hätte, kann man nicht zurückgeben, das ist klar.“

Rechtsanwalt Werner Dietrich im Gespräch über die Entschädigung für die Betroffenen des Oktoberfestattentats. Das Interview wurde am 12. März 2020 geführt. Im Zuge der Einstellungen der Ermittlungen der Bundesanwaltschaft vier Monate später wurde die Tat als rechter Anschlag eingeordnet. Seitdem warten die Betroffenen auf eine Reaktion in Sachen Entschädigung, sowohl von der Bundesregierung als auch dem Freistaat Bayern.

Sie haben schon früh Betroffene des Oktoberfestattentats juristisch unterstützt. Wie kam es dazu?

Dietrich: Ich habe die ersten zwei Mandate im Oktober 1982 übernommen, als durchsickerte, dass die Ermittlungen eingestellt werden sollten. Da sind Betroffene zu mir gekommen und haben gesagt, das kann ja wohl nicht sein, dass so eine Tat, dass dieser rechte [Täter] Gundolf Köhler, der bei der Wehrsportgruppe Hoffman war, das ganz allein gewesen sein soll. Es dauerte eineinhalb Jahre, bis ich die Akten bekam, teilweise geschwärzt. Der Fall war eigentlich juristisch und politisch Jahre lang tot, es gab keine Unterstützung für die Betroffenen.

Sie haben bereits 1984 und 2008 beantragt, das Ermittlungsverfahren wiederaufzunehmen. Die Bundesanwaltschaft hat 2014 tatsächlich nach ihrem dritten Anlauf das Ermittlungsverfahren wiedereröffnet. Das ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik.

Dietrich: Ich habe den Wiederaufnahmeantrag im September 2014 gestellt – den dritten. Im Mai letzten Jahres habe ich Akteneinsicht bekommen durch die Bundesanwaltschaft. 2014 lag es nicht nur an dem guten Aufnahmeantrag, sondern das Umfeld war ein anderes. Die Öffentlichkeit war kritischer geworden, die Opferrechte wurden stärker berücksichtigt. Die Presse hat mehr gemacht. Es gab einen anderen Bürgermeister hier in München. Damals war Oberbürgermeister Kiesel von der CSU, der hat sich um überhaupt nichts gekümmert, die Wiesnwirte wollten, dass möglichst schnell wieder getrunken und umgesetzt werden darf. Das kollidiert natürlich, so ein Attentat mit 211 Verletzten und 13 Toten, wenn sich das festsetzt als Bild vom Oktoberfest, das hindert den Umsatz. Erst in der letzten Zeit ist es gelungen, klar zu machen, dass zur Münchner Geschichte nicht nur das Positive, sondern auch das Negative gehört. Hier eben das Oktoberfest als weltweit bekanntes Fest, aber auch dieser Anschlag. Beides gehört zur Stadtgeschichte.

48



Wie liefen dieses Mal die Ermittlungen ab?

Dietrich: Die haben alles gemacht. Die sind auch den Verfassungsschutzämtern und dem Bayerischen Innenministerium, und wer sonst noch beteiligt war, richtig auf die Füße getreten und haben durchaus nicht nur so Alibi-Ermittlungen gemacht, das muss ich schon sagen. Im Mittelpunkt steht ja die Frage: War er alleine oder gibt es Mittäter, Hintermänner, Gehilfen und Anstifter. Es spricht immer noch vieles dafür, aber der Maßstab der Bundesanwaltschaft ist ja: Kann ich den anklagen und da muss ein dringender Tatverdacht gegeben sein und nicht, dass wahrscheinlich Leute aus seinem Umfeld Bescheid wussten.

Sowohl in den Unterlagen von den wiederaufgenommenen Ermittlungen wie auch in den alten Unterlagen ist das Schicksal der 211 Verletzten aufgelistet, der Schwerst-, Mittel- und Leichtverletzten. Das sind natürlich nur die physischen Schäden, die psychischen Schäden, die sich ja teilweise noch danach entwickelt haben und am Anfang noch gar nicht erkennbar waren, die kommen ja hinterher noch dazu. Das kann sich im Laufe der Zeit verändern, der Schwerpunkt kann sich verlagert haben.

Was kritisieren Sie an den allerersten Ermittlungen?

Dietrich: Man hatte die ganzen Sachbeweise vernichtet, 504 Sachen, die bei der Bundesanwaltschaft als Beweismittel lagen: Zigaretten, Teile der Bombe, alles weg. Und mit den heutigen technischen Möglichkeiten hätte man zum Beispiel nachweisen können, welche weiteren Personen mit Köhler in seinem Auto gesessen haben, weil es waren 47 verschiedene Zigarettenkippen von verschiedenen Sorten. Er hat immer nur eine Sorte geraucht. Und das schnelle Einstellen sowieso, von den Bayern schon im Mai 1981, nach acht Monaten. Natürlich hatten die auch ein Vorverständnis, dass einige Sachen da vielleicht nicht rauskommen sollten, im damaligen Bundestagswahlkampf, das kann ja durchaus sein und – jetzt kommen wir in die politische Einschätzung – es durfte keinen organisierten, gewalttätigen Rechtsradikalismus in Deutschland geben, damals.

Freut es die Betroffenen, dass Sie sich so einsetzen?

Dietrich: Manche ja, manche nein. Ganz unterschiedlich. Gefreut haben sie sich schon alle, aber manche sind auch skeptisch, sie sagen, ok, jetzt ist das wiedereröffnet worden, aber 40 Jahre ist nichts passiert, wir sind so schlecht von den Versorgungsämtern und auch sonst behandelt worden und keiner kümmert sich um uns, da wird schon wieder nichts rauskommen. Das gibt's auch. Manche sagen auch, mein Leben ist dermaßen beeinträchtigt worden, Gehör oder dies oder das oder Beruf verloren, das kann mir im Grunde keiner zurückgeben, das ist unausgesprochen, im Hinterkopf. Da kann eine Entschädigung das Leben nicht ändern.

Das Leben, als wenn es das Attentat nicht gegeben hätte, kann man nicht zurückgeben, das ist klar, deswegen wird immer ein Frust gegenüber den Ermittlungsergebnissen sein. Aber ich kann sagen, es ist noch mal alles versucht worden und das ist auch eine der positiven Seiten dieser neu aufgenommenen Ermittlungen, dass bestimmte Sachen geklärt wurden.

50

51

Was müsste man heute für die Opfer machen?

Dietrich: Ich finde, dass die Stadt eine eigentlich richtige Idee, nämlich einzusteigen in eine Entschädigung, schlecht kommuniziert hat. Es ist in der Presse, aber auch bei den Geschädigten der Eindruck entstanden, jetzt spuckt die Stadt München 50.000 bzw. 100.000 Euro aus und das ist es dann gewesen. Meiner Ansicht nach hätte die Stadt dazu sagen müssen, dass es natürlich nicht alles ist, denn das ist eine 38-jährige Leidensgeschichte. Und dass sie anregt, einen Fonds mit einem bestimmten Betrag als einmaliges Schmerzensgeld einzurichten. Sie ist bereit, einen namhaften Betrag zur Verfügung zu stellen und dass dieser Fonds auch gespeist wird vom Freistaat Bayern, von den Wiesnwirten und den Brauereien.

Was wäre eine angemessene Entschädigung?

Dietrich: Angesichts des Alters der Opfer muss innerhalb der nächsten Monate eine großzügige, unbürokratische Lösung her. Wir haben die Namen, wir haben die Verletzungen, wir haben die Opfergeschichte. Ich denke mir, 100.000 für die Schwerstgeschädigten, 50 bis 70.000 für die mittleren und 30.000 für die anderen. Das ist ein Betrag unter 10 Millionen, den kann man locker zusammen kriegen bei diesen hohen Verletzungsgraden, die die Leute hatten.

Warum die Staffelung?

Dietrich: Nach der Schwere der Beeinträchtigung. Weil es ein Unterschied ist, ob der kleine Finger ab ist oder ob man 90 Operationen gehabt und immer noch Splitter im Körper hat. Es gibt Amputationen, Organtransplantationen, Gehörverlust, usw. – ich würde da differenzieren. Wie war die Leidensgeschichte der Einzelnen? Das kann ja auch unterschiedlich gewesen sein. Deshalb sollen das ein Mediziner und drei bis vier andere Leute entscheiden, mit Hilfe der Unterlagen – ich hab die ja alle – und dann soll man politischen Druck machen, nicht, um der Stadt zu sagen, das war alles unzulänglich, sondern um zu sagen, das war ein Teil, aber ihr habt noch was Wesentliches vergessen. Dann ist – ehrlich gesagt – Ruhe, dann kann ich auch ruhigen Gewissens sagen, ok, das ist die Entschädigungsgeschichte.

Der Bund und das Bundesamt für Justiz wurden wegen Entschädigung angefragt.

Dietrich: Ich setze überhaupt nicht darauf, weil dann gleich die Frage ist: Gilt das Gesetz überhaupt für die? Ist das Attentat auch rechtsmotiviert gewesen? Gilt das für Taten vor 2005? Oder gilt das auch für Ausländer? Das ist ja alles umstritten bei dem Opferentschädigungsgesetz. Wer 40 Jahre als Anwalt mit Ämtern und Behörden zu tun hat und irgendetwas will, Geld oder irgendetwas – vergessen Sie das, ist zu bürokratisch und zu spät. Man hat die Namen der Opfer, den Verletzungsgrad, weiß was passiert ist, was sie noch für Beeinträchtigungen haben. Das sollen der neu etablierte Stadtrat und der Oberbürgermeister als eine der ersten Amtshandlungen machen, weil es passiert auch viel in der internationalen Öffentlichkeit, was das Oktoberfest angeht. Es wäre mein Ziel, dass meine Mandanten noch was davon haben. Wir haben sozusagen fünf Minuten nach zwölf.

HERAUSGEBER

Beratungsstelle BEFORE in Trägerschaft von
BEFORE e. V.

Mathildenstraße 3c
80336 München

T +49 89 46 22 467- 0

F +49 89 46 22 467- 29

kontakt@before-muenchen.de

www.before-muenchen.de

52

KOORDINATION UND GESTALTUNG

Claudia Anzinger, Martina Jacoby, Markus Rasp
Anzinger und Rasp, München

FOTOGRAFIE

Andrea Huber

COPYRIGHT

© 2020 BEFORE e. V.

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Christian Ude, Siegfried Benker,

Tina Schmidt-Böhringer, Nükhet Kivran,

Peter Probst, Alexander Diepold

Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich
durch zwei Vorstandsmitglieder vertreten.

Registergericht: Amtsgericht München

Registernummer: VR 205798

gefördert von der



Landeshauptstadt
München

**im Rahmen des kommunalen Netzwerks
gegen Rechtsextremismus, Rassismus
und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**

UNTER
STÜTZUNG
FÜR DIE
BETROFFENEN
DES
OKTOBER
FEST
ATTENTATS

Kontakt

BEFORE
Mathildenstraße 3c
80336 München

T +49 89 46 22 467-0
F +49 89 46 22 467-29
kontakt@before-muenchen.de
www.before-muenchen.de